

ZÜRCHER BEITRÄGE
zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung

Heft Nr. 7

Christian Kind

*Extended Deterrence
Amerikas Nukleargarantie für Europa*

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

© 1989 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH-Zentrum
8092 Zürich

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.
Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

Heft Nr. 7

Christian Kind

Extended Deterrence

Amerikas Nukleargarantie für Europa

Vorwort

Seit sich die gegen Hitler gerichtete Koalition kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entzweite und der Kalte Krieg die Beziehungen zwischen den USA (samt ihren westeuropäischen Verbündeten) und der Sowjetunion zu prägen begann, haben die Europäer sich an die "Stabilität" des West-Ost-Gegensatzes gewöhnt. Doch seit der Machtübernahme Gorbatschows und seit seinen vielen Rüstungskontroll- und Abrüstungsvorschlägen scheint sich diese stabile Grundkonstante der letzten 40 Jahre zu verändern. Am Horizont erscheint das Wunschbild einer "gemeinsamen Sicherheit" von West und Ost. Doch über die momentane Abrüstungs-Euphorie hinaus bleibt die Tatsache bestehen, dass sich in West und Ost nach wie vor zwei verschiedene Menschen- und Gesellschaftsbilder in grundsätzlichem Antagonismus gegenüberstehen und dass beide Seiten sich ihre Sicherheit nicht ohne Verteidigungsbündnisse und nukleare Abschreckung vorstellen können. Die nukleare Abschreckung wird also noch auf lange Zeit auch für Europa eine wichtige Rolle spielen.

In der vorliegenden Abhandlung legt Dr.Christian Kind, Leiter des Ressorts "Ausland" in der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung, aus langjähriger und intimer Kenntnis einen Ueberblick vor über Entwicklung und Theorieprobleme der westlichen nuklearen Abschreckung, wie sie von den USA unter der Bezeichnung "extended deterrence" über Westeuropa aufgebaut wurde und aufrechterhalten wird. Es handelt sich dabei um die überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 6.12.1988 an der ETH Zürich gehalten wurde.

Zürich, den 25.1.1989

Prof.Dr.K.R.Spillmann

Leiter der Forschungsstelle

für Sicherheitspolitik und

Konfliktanalyse an der ETH

Extended Deterrence - Amerikas Nukleargarantie für Europa

Das Problem der Glaubwürdigkeit

Die Sicherheit der europäischen Nato-Partner - und indirekt auch der Schweiz - beruht zu einem wesentlichen Teil auf der amerikanischen Nukleargarantie für Westeuropa. Einem Angriff oder der Drohung mit einem Angriff, sei es mit konventionellen, sei es mit Kernwaffen, steht die amerikanische Gegendrohung gegenüber, notfalls mit Kernwaffen zurückzuschlagen. Um die Frage, ob diese Drohung glaubhaft sei, dreht sich die gesamte Problematik der Extended Deterrence, die unter Strategiefachleuten und Politikern seit Jahren immer neu, unter wechselnden Aspekten und ohne je völlige Übereinstimmung zu erreichen, diskutiert wird.

Warum ist dies so? Zweifellos, weil die Theoretiker des Kernwaffenkriegs und die Politiker nicht von den gleichen Voraussetzungen ausgehen, weil die Wirklichkeit komplizierter ist als jede noch so ausgeklügelte Theorie, weil es einen Kernwaffenkrieg bisher glücklicherweise nie gegeben hat und alle Ueberlegungen über seine Ratio daher im luftleeren Raum entwickelt werden müssen, und ferner weil Politik mit Menschen zu tun hat, deren Reaktionen sich mit Spieltheorien und Wahrscheinlichkeitsrechnungen nie ganz einfangen lassen. Die Nichtübereinstimmung verschiedener Denkweisen brauchte keine Folgen zu haben, solange das Nachdenken über Atomwaffen sich auf geschlossene Zirkel von Experten beschränkte, wie dies bis Mitte der siebziger Jahre weitgehend der Fall war. Mit der Kraftprobe um die nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa zwischen 1979 und 1983 wurde dies anders. Seither macht sich in der Diskussion um Sinn und Zweck der nuklearen Bewaffnung der Nato-Streitkräfte immer wieder eine theoretische Unsicherheit bemerkbar, die mit den Mitteln rein militärisch-strategischen Denkens nicht zu beseitigen ist.

Die Entwicklung der Abschreckungstheorie

Als die Vereinigten Staaten sich anfangs der fünfziger Jahre mit der Tatsache konfrontiert sahen, dass die Sowjetunion nicht nur bei der Herstellung von Atombomben nach dem Prinzip der Kernspaltung, sondern auch bei der auf der thermonuklearen Fusion beruhenden Wasserstoffbombe nachzuziehen vermochte, begannen sich einige Politikwissenschaftler wie Henry Kissinger, um den bekanntesten unter ihnen zu nennen, Gedanken über den möglichen Umgang mit diesen furchtbarsten aller Waffen zu machen. Am Ende des Zweiten Weltkriegs in Asien hatte Präsident Truman sich gegen grosse Bedenken zum Einsatz der neu entwickelten Atombombe gegen Japan entschieden, aus der Ueberlegung heraus, dass eine Fortsetzung des Kampfes gegen die sich verzweifelt wehrende Armee des Tenno äusserst verlustreich sein werde. Die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki dienten der ganzen Welt als Lehrstück, dass es sich hier um eine neue Grössenordnung an unmittelbarem Vernichtungspotential und langdauernder Nachwirkung handelte. Die Drohung mit dieser Waffe schien deren Besitzer unbeschränkte Macht über die Bedrohten zu verschaffen. Doch was würde sein, wenn eine zweite Macht in deren Besitz gelangte?

Schritt um Schritt entwickelten die amerikanischen Strategieexperten die Theorie der Abschreckung. Bis zum Beginn des Raketenzeitalters mit dem erfolgreichen Abschuss des sowjetischen Sputnik im Jahre 1957 konnten sie von einer starken Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten ausgehen. Diese hätten nach der Theorie zu jener Zeit mit der Atomwaffendrohung weit über ihre Grenzen hinaus Wirkung ausüben können. In der Praxis hatte Washington im Koreakrieg entgegen der Empfehlung General MacArthurs auf den Einsatz von Atombomben gegen die chinesischen Hilfstruppen am Grenzfluss Yalu verzichtet und deren Vormarsch bis zur heutigen Waffenstillstandslinie zwischen Nord- und Südkorea in Kauf genommen.

Mutual Assured Destruction

Als die Sowjetunion im Laufe der Zeit in den Besitz einer genügenden Anzahl von Interkontinentalwaffen gelangte, um den Vereinigten Staaten ihrerseits mit atomarer Vernichtung zu drohen, wurde die Theorie der Mutual Assured Destruction, der gesicherten gegenseitigen Zerstörungsfähigkeit, geboren. Ihre Botschaft lautete, solange die beiderseitigen Atomarsenale einigermaßen gleichwertig seien, werde keine Seite in der Lage sein, einen vernichtenden ersten Schlag zu führen; aber auch ein gewisses Ungleichgewicht brauche nicht sofort gefährlich zu werden, solange eine gesicherte Zweitschlagsfähigkeit erhalten bleibe. Keine Macht werde einen Atomkrieg beginnen, wenn sie mit der Gewissheit eines verheerenden Gegenschlags rechnen müsse. Daraus ergab sich die - sogleich in die Praxis umgesetzte - Lehre von der Notwendigkeit differenzierter Abschreckungskräfte. Man sprach von der strategischen Triade und meinte damit eine Aufzählung der Kräfte auf von Flugzeugen getragenen, von Unterseebooten mitgeführten und zu Lande in mehr und mehr befestigten Silos stationierten Waffen.

Die Lehre von der Mutual Assured Destruction sollte Beruhigung schaffen und tat es auch für Militärs und Politiker und diejenigen, die ihr Vertrauen zu schenken vermochten. Andere wollten sich mit einer Situation nicht abfinden, in der gegenseitig gesicherte Vernichtungsfähigkeit als Garantie des Weltfriedens gelten sollte, und sie leiteten aus den Anfangsbuchstaben MAD ihr Urteil ab, dass es sich - "mad" heisst auf Englisch "verrückt" - nicht um ein Produkt der Vernunft handeln könne. Im Gegenlager der Anti-Atom-Lobby entstand die These, allein die Existenz der Vernichtungswaffen werde zwangsweise früher oder später zu ihrer Anwendung führen. In der Geschichte sei kein Beispiel bekannt, hiess es dort, in der einmal erzeugte Waffen nicht auch angewendet worden wären; die einzige menschenrettende Konsequenz könne daher nur die raschest mögliche Abschaffung aller Atomwaffen sein.

Gegenseitige Abschreckung ist bis heute die Grundlage der amerikanischen Atomwaffenpolitik geblieben. Die Ankündigung Präsident Reagans im März 1983, es gelte jetzt, die perverse Logik der geltenden Sicherheitsdoktrin gegenseitiger gesicherter Vernichtungsfähigkeit zu überwinden und eine Raketenabwehr im Weltraum an ihre Stelle zu setzen, zu der die strategische Verteidigungsinitiative die Tür öffnen werde, hat nichts daran geändert. Entscheidungen über Rüstungs- und Abrüstungsfragen werden danach beurteilt, ob sie die Mutual Assured Destruction weiterhin sichern. Das amerikanische Verhandlungskonzept für eine 50-prozentige Reduktion der strategischen Waffen in den unter dem Stichwort START (Strategic Arms Reduction Talks) gegenwärtig laufenden Verhandlungen orientiert sich daran ebenso wie auch die Beratungen im Kongress über die respektiven Meriten von schweren Interkontinentalraketen in einem System fester Stützpunkte oder von mobilen Kleinraketen mit Einzelsprengkopf.

Es ist nicht überflüssig, hier darauf hinzuweisen, dass die Sowjets sich die Lehre von der gegenseitigen Abschreckung nie zu eigen gemacht haben. Für sie handelt es sich um eine kapitalistische Theorie. Da die Sowjetunion immer nur den Frieden will und sich nur darauf vorbereitet, auf einen Angriff mit allen Mitteln vernichtend zu reagieren - so die offizielle These -, kann sie auch nicht abgeschreckt werden. Andererseits hat der Kreml durch sein Verhalten die Abschreckungstheorie bestätigt. In der Praxis hat sich die Sowjetführung seit den ersten Begrenzungsvereinbarungen von 1972 - Salt I über Höchstzahlen bei strategischen Abschusseinrichtungen und ABM über das Verbot von Abwehrwaffen gegen strategische Raketen - den amerikanischen Vorstellungen stark angenähert und deren Unterscheidung von Erst- und Zweitschlagswaffen sowie die Gewichtsverlagerung von den ersten zu den zweiten zwar nicht in der Theorie, aber in der Verhandlungspraxis mitgemacht. Dies hindert sie allerdings nicht daran, weiterhin den Begriff der Abschreckung als aggressiv und gefährlich zu denunzieren.

Stabiles atomares Patt

In den beiden Berlinkrisen von 1958 und 1961 sowie in der Kubakrise 1962 erwies sich die stabilisierende Wirkung des atomaren Patts. Den Plänen Chrustschews für die Einverleibung Berlins in die Ostzone und für die Stationierung von Raketen auf Kuba wurde Halt geboten; aber als die Berliner Mauer errichtet wurde, hielt sich auch der Westen zurück, und Kuba profitiert bis heute vom amerikanischen Invasionsverzicht. Fragezeichen erhoben sich jedoch dahingehend, wie weit die amerikanische Nukleardrohung auch imstande sein werde, einen europäischen Alliierten vor einem nuklearen oder konventionellen Angriff zu schützen, wenn Amerika doch bei der Ausführung einer solchen Androhung mit einem vernichtenden Gegenschlag rechnen müsse. Sämtliche Ueberlegungen zu diesem spezifischen Thema gehören unter das Stichwort Extended Deterrence; es geht um eine über das eigene Territorium hinaus erweiterte Abschreckung. Dass eine Weltmacht wie die Vereinigten Staaten einen Schlag gegen ihr eigenes Gebiet nicht unerwidert lassen würde, scheint selbstverständlich und unmittelbar überzeugend. Dass eine Regierung die Vernichtung des eigenen Landes riskieren würde, um ein auch noch so eng verbündetes anderes Land zu schützen, lässt sich zu Recht bezweifeln. Die Ueberwindung dieses Dilemmas beschäftigt Strategen, Militärs und Politiker nun schon mehr als ein Vierteljahrhundert.

Flexible Response

Im strategisch-militärischen Bereich wurde unter dem Eindruck des atomaren Patts der Begriff der Flexible Response, der flexiblen Entgegnung, zur Doktrin des Atlantischen Bündnisses erhoben. Flexible Response heisst nicht etwa, wie man meinen könnte, bewegliche Abwehr. Politische Notwendigkeit, nämlich die gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eingegangene Verpflichtung, ihr Territorium so weit vorne als möglich zu verteidigen, aber auch die geringe Tiefe des westeuropäischen Verteidigungsraums lassen eine grossräumige Taktik des Ausweichens mit

nachfolgendem Gegenstoss nicht zu. Flexible Response bedeutet vielmehr Beweglichkeit im Sinne einer kontrollierten Eskalation von rein konventioneller zu einer taktisch nuklearen Erwidern, bis hin zum Gegenschlag mit strategischen Vernichtungswaffen. Der Gegner soll dabei stets im Ungewissen gelassen werden, ob, wann und wo der Schritt zur nächsten Eskalationsstufe erfolgt. Diese Ungewissheit und Unkalkulierbarkeit soll die Planung des Gegners erschweren und damit eine Abschreckungswirkung auch für die europäische Nato-Front erzielen.

In diesem Konzept kommt den taktischen Nuklearwaffen eine wesentliche Rolle der Verbindung zwischen dem Verteidigungspotential der Alliierten und dem strategischen Waffenarsenal des amerikanischen Verbündeten und Protektors zu. Wenn die konventionelle Abwehr zu versagen droht, könnte der Nato-Oberbefehlshaber die Freigabe der ihm zur Verfügung stehenden taktischen Nuklearwaffen anfordern, über die der amerikanische Präsident in Konsultation mit den alliierten Regierungen entscheidet. Ihr Einsatz soll dem Gegner klarmachen, dass er einen atomaren Weltkrieg auszulösen riskiert, und ihn zum Einhalten veranlassen. Die Meinung ist dabei, dass die defensive Absicht unverkennbar sein muss. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, einen begrenzten ersten Schlag mit taktischen Waffen gewissermassen demonstrativ zu führen, in einer Weise, die den zeitlichen und räumlichen Zusammenhang mit dem erfolgten Angriff des Gegners deutlich werden lässt.

Eine Langstreckenwaffe eignet sich dazu nicht, weil ihre Explosion als die Eröffnung eines strategischen Schlagabtausches missverstanden werden könnte. Der atomare Schlag, der den Angreifer zum Einhalten und Ueberlegen veranlassen sollte, wird - so lautet die Annahme - am besten mit einer Waffe geführt, die in dem vom Angriff betroffenen Gebiet stationiert ist und die eingesetzt werden muss, wenn sie nicht überrollt werden soll. Daraus entsteht eine Dringlichkeit der Einsatzentscheidung, die bei entfernter aufgestellten oder see- und luftgestützten Waffen nicht so rasch wirksam würde.

Im Einklang mit der Weisung des Nato-Militärkomitees MC 14/3, in der die Vertreter der nationalen Generalstäbe die "Flexible Response" konkretisierten, wurden - man hatte allerdings schon viel früher damit begonnen - taktische Nuklearwaffen verschiedener Reichweite bei den Nato-Armeen eingeführt, insbesondere nuklearbestückte Artilleriegranaten, Flugzeugbomben, Kurzstreckenraketen und die inzwischen wieder ausgemusterten Atomminen zur örtlichen Sperrung von Vormarschachsen. Dabei blieben die Atomsprengköpfe überall unter amerikanischer Verwahrung in besonderen Depots, während die entsprechenden Waffenträger den einzelnen Nato-Armeen, also auch der deutschen Bundeswehr, angehören, wenngleich die Bundesrepublik dem Besitz von Atomwaffen für sich abgeschworen hatte. Dies macht es notwendig, dass im Ernstfall Sprengköpfe und -träger erst zusammengebracht und nach Konsultationen der USA mit den betreffenden Nato-Regierungen zwei Schlüssel betätigt werden müssen.

Militärische und politische Gesichtspunkte

Bei den Ueberlegungen, wie ein erster oder mehrere erste Atomschläge zu führen seien, gelangten insbesondere auf amerikanischer Seite oft taktische Ueberlegungen in den Vordergrund: Der Gegner sollte daran gehindert werden, seine Kräfte zu massieren. Es wurden Listen von möglichst lohnenden Zielen aufgestellt und mögliche Sequenzen theoretisch durchgespielt. Dabei geriet man aber sogleich in das Fahrwasser einer Kriegführung mit Atomwaffen, die von den Amerikanern kühl erwogen, von den Deutschen jedoch, weil es ja um ihr Gebiet ging, schon früh entschieden verworfen wurde. Atomwaffen dürften, so hiess und heisst es noch heute vor allem auf deutscher Seite, nur politische Waffen sein, die durch ihre Existenz einen Krieg verhindern, aber nicht als Mittel der Kriegführung dienen dürfen.

In Wirklichkeit lässt sich natürlich das eine vom andern nicht sauber trennen. Um dem Gegner Eindruck zu machen, muss man ihn dort treffen, wo am meisten Wirkung

zu erwarten ist. Eine Atomwaffe rein demonstrativ, an einem vorbestimmten Ort explodieren zu lassen, muss zwar zu den Optionen der obersten Führung gehören, kann aber allein nicht genügen. Nicht nur im taktischen Bereich der Realisierung einer flexiblen Abwehr, auch im Mittelstrecken- und im strategischen Bereich wurde eine möglichst grosse Vielfalt an Optionen zur Erwidern jedes denkbaren gegnerischen Schachzugs zum A und O jeder strategischen Ueberlegung. Genau wie bei den strategischen Nuklearwaffen machte die Sowjetunion die Entwicklung der taktischen Nuklearwaffen bis hinunter zur nuklearen Artillerie mit, und dies liess immer bedrohlicher die Möglichkeit eines mit Hunderten von taktischen Atomwaffen ausgefochtenen Krieges am Horizont entstehen, der von dem zu verteidigenden Gebiet Deutschlands und allenfalls auch des übrigen Europas nicht viel übriglassen würde, an dessen Ende die beiden Supermächte Amerika und Sowjetunion aber unbeschädigt und durch ein atomares Schlachtfeld getrennt dastehen würden.

Je mehr die Sowjetunion im strategischen Bereich aufholte, umso stärker musste die Gefahr empfunden werden, dass die Vereinigten Staaten im entscheidenden Moment den Griff zu den Interkontinentalwaffen nicht wagen und dass sie nicht um einer deutschen Stadt wie etwa Nürnbergs willen, den Untergang von Chicago riskieren würden. Rein theoretisch hätte Amerika versuchen können, einen zahlenmässigen Vorsprung zu behalten. Dass dies keinen Sinn hatte, wurde auch in Deutschland und Europa gesehen, und daher wurde das erste SALT-Abkommen von 1972, das die Zahl der strategischen Waffenträger auf beiden Seiten auf etwas über 2000 begrenzte - beziehungsweise der Sowjetunion das Recht gab, bis auf die vereinbarte Zahl nachzuziehen - von allen Seiten begrüsst. Es dauerte aber nicht lange, bis unter den Europäern das Gefühl aufkam, der Zusammenhang zwischen der taktisch-nuklearen Eskalationsdrohung und der Androhung des Griffes zu strategischen Waffen sei im Zeichen des nuklearen Gleichstands der Supermächte nicht mehr gewährleistet.

Die Eskalationslücke der Nato

Der erste, der dieser Besorgnis öffentlich Ausdruck gab, war der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner berühmten Rede von 1977 im Londoner Institut für Strategische Studien. Er sprach von einer Grauzone, die im Mittelstreckenbereich zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen entstanden sei. Schmidt machte auf das Problem aufmerksam, ohne aber zunächst eine Lösung anzubieten. Er forderte seine Berücksichtigung im Rahmen der Verhandlungen über einen zweiten SALT-Vertrag, in dem die Supermächte anstelle der Raketen- und Flugzeugzahlen die mit der Entwicklung der Mehrfachsprengköpfe auf ein Vielfaches angeschwollene Zahl der Nuklearladungen beider Seiten begrenzen wollten. Es zeigte sich sehr rasch, dass das Problem nur zu lösen sein würde, wenn das westliche Bündnis bereit wäre, sich zur Schliessung der Eskalationslücke geeignete Waffen zu beschaffen. Als erstes Erfordernis galt dabei eine Reichweite, die es möglich macht, vom europäischen Nato-Gebiet aus sowjetisches Territorium zu erreichen und als zweites eine Zielgenauigkeit, die einen flexiblen Einsatz gegen militärische Objekte und nicht etwa nur die Bedrohung von Städten erlaubt.

Die Vereinigten Staaten waren in kurzer Zeit in der Lage, entsprechende Waffen herzustellen, in der Form einer Weiterentwicklung der taktischen Pershing-Rakete zur Mittelstreckenrakete Pershing II und in der Form eines bodengestützten Marschflugkörpers (auf amerikanisch Ground Launched Cruise Missile). An einem Treffen der vier Regierungschefs der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik im Januar 1979 auf der Karibikinsel Guadeloupe fiel der Grundsatzentscheid. Im Dezember des gleichen Jahres stimmte der Nato-Ministerrat in Brüssel dem Programm zu, nachdem sich ausser der Bundesrepublik, die mit der Stationierung auf keinen Fall alleinbleiben wollte, auch Grossbritannien, Italien, Belgien und die Niederlande zur Aufnahme bestimmter Kontingente dieser Waffen bereiterklärt hatten.

Die stürmische Geschichte des Kampfes um die Durchführung des Beschlusses von 1979 ist bekannt. Sie gehört nur indirekt zu unserem Gegenstand. Die Notwendigkeit der Aufstellung neuer Atomwaffen in Europa wurde nicht nur von den grundsätzlich anti-nuklear eingestellten Friedensbewegungen angefochten, sondern auch von Leuten, die die Atomrüstung bejahten, aber im Zeichen der im Juni desselben Jahres in Wien unterzeichneten SALT-II- Vertrags über die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen einen Ausbau im Mittelstreckenbereich für deplaziert hielten. Der politische Widerstand, vor allem in der Bundesrepublik, erzwang ein Vorgehen, das vom eigentlichen Zweck des Programms, der Sicherstellung der erweiterten Abschreckung oder Extended Deterrence, ablenkte.

Zur Rechtfertigung berief man sich auf die Existenz einer sowjetischen Waffe von ähnlichen Eigenschaften, nämlich der als SS-20 bekanntgewordenen Mittelstreckenrakete mit je drei sehr genau zielbaren Nuklearsprengköpfen. Ihre Einführung auf sowjetischem Gebiet war etwa seit 1975 von der westlichen Aufklärung registriert worden. Dass die neuen Waffen auf der westlichen Seite ein Gegenstück zu den sowjetischen SS-20 bilden sollten, liess sich den Wählern leichter vermitteln als ihre Rolle im Eskalationsverbund. Damit aber befand man sich bereits auf dem Weg der gegenseitigen Aufrechnung, und daraus entstand die Logik des Doppelbeschlusses: Die Nato beschliesst die Aufstellung von 572 nuklearen Mittelstreckenwaffen, verbindet diesen Beschluss aber mit dem Angebot, auf die Stationierung zu verzichten oder bereits stationierte Waffen in dem Masse abzubauen, als die Sowjetunion sich fest verpflichtet, ihre entsprechenden Waffen aufzugeben.

Auch über die weiteren Folgen des Doppelbeschlusses weiss man Bescheid: Nachdem die physische und psychische Kraftprobe bestanden war, zu der sich die Durchsetzung des Stationierungsbeschlusses besonders in der Bundesrepublik entwickelt hatte, reagierte die Sowjetunion zunächst mit dem Abbruch aller Abrüstungsverhandlungen. Später jedoch, als ab 1983 die sogenannte Nachrüstung Schritt um Schritt vollzogen wurde, kamen die Sowjets an den Verhandlungstisch

zurück. Nach und nach liessen sie die unakzeptablen Bedingungen fallen, auf denen sie vorher bestanden hatten; namentlich verzichteten sie auf die Anrechnung der unabhängigen Kernwaffenpotentiale Frankreichs und Grossbritanniens, welche beide vertragliche Einschränkungen ihrer im Vergleich zu den Supermächten geringen Abschreckungskräfte ablehnten, und sie gaben schliesslich auch die Forderung auf, ein Vertrag über Mittelstreckenwaffen müsse doppelt, d.h. nuklear und konventionell verwendbare Flugzeuge umfassen. Schliesslich gingen sie unter dem neuen Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschew, sogar in die Offensive und erklärten den Vorschlag einer Null-Lösung für akzeptabel, den Präsident Reagan 1981 ohne grossen Glauben an seine Verwirklichung gemacht hatte.

Das INF-Abkommen

Jener Vorschlag, die Null-Lösung, war nichts anderes als die logische Konsequenz aus dem Doppelbeschluss von 1979, wo völliger Verzicht auf die Nachrüstung unter der Voraussetzung angeboten worden war, dass sämtliche SS-20 verschwinden würden. Jetzt zeigten sich erst die Folgen: Die Nato konnte das Angebot nicht ausschlagen, ohne im eigenen politischen Hintergrund unglaubwürdig zu werden. Damit aber musste man auf das wichtige Verbindungsstück der nuklearen Eskalation wieder verzichten, das man vorher als unersetzlich betrachtet hatte. Ueber die Folgen für die Nato gab es geteilte Meinungen: eine mehr militärstrategische Betrachtung liess diesen Zwang als Nachteil erscheinen, als eine Falle, in die man unversehens geraten war; eine mehr politische Sicht ergab hingegen den Schluss, das erstmalige Zustandekommen eines allseitig abgesicherten und sogar auf dem Territorium des Gegners verifizierbaren Vertrags über die Abschaffung einer ganzen Kategorie von Nuklearwaffen bilde an sich ein derart wichtiges Ergebnis, dass die rein militärische Betrachtung zurückzustehen habe. Insbesondere fiel ins Gewicht, dass die Sowjetunion zum erstenmal bereit war, nicht nur Kontrollen auf ihrem Gebiet zuzulassen, sondern auch erstmals genaue Auskunft über ihre Bestände zu geben.

Künftige Wirksamkeit

Bei der Beurteilung der künftigen Wirksamkeit der erweiterten Abschreckung kann die Tatsache, dass die Sowjetunion sich zur Elimination eines wichtigen, wenn auch quantitativ noch nicht sehr bedeutenden Elements ihrer Nuklearbewaffnung entschlossen hat, nicht unberücksichtigt bleiben. Wie hoch sie einzuschätzen ist und wie weit die wiederaufgerissene Eskalationslücke wirklich ins Gewicht fällt, darüber streiten sich die Experten. Politisch hat die Episode vom Nachrüstungsbeschluss über die Durchsetzung der Stationierung bis hin zum Vertrag über die Null-Lösung und zum Anlaufen der gegenseitig kontrollierten Raketenzerstörung die westliche Allianz zweifelhaft stärker gemacht. Damit ist die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung durch die USA zugunsten Westeuropas generell gewachsen.

Viele zünftige Strategen sind, wie sich bei der Jahrestagung des Internationalen Instituts für Strategische Studien in Brighton (September 1988) gezeigt hat, der Meinung, die generelle Abschreckungswirkung, die sich aus der Existenz einer funktionierenden Atlantischen Allianz ergibt, sei weitaus wichtiger als die spezifische Abschreckung im Einzelfall, die den Gegner durch Drohung von einem bestimmten Vorgehen abhalten sollte. Während jene Zuversicht verleihen könne, solange die politische Übereinstimmung gegeben sei, könne diese niemals zuverlässig berechnet und als feste Grösse genommen werden. Daraus wurde schliesslich sogar der Schluss gezogen, es sei besser, Auseinandersetzungen um einzelne Aspekte der nuklearen Bewaffnung zu vermeiden, wenn dadurch die generelle Abschreckung, die aus der Willenseinheit des Bündnisses entstehe, gefährdet würde. Konkret ergibt sich daraus eine Anwendung für den Streit um die Modernisierung der nach dem Mittelstreckenvertrag verbleibenden Nuklearwaffen: Nach der eben geschilderten Ansicht sollte ein offener Konflikt vermieden werden. Ich bin persönlich nicht dieser Meinung: Wenn die Tauglichkeit der Atomwaffen in Frage gestellt ist, können sie auch dann nicht mehr abschrecken, wenn die politische Übereinstimmung über den Atlantik hinweg gegeben ist.

Modernisierung der Kurzstreckenwaffen

Die Frage der Tauglichkeit betrifft nicht nur die Lance-Kurzstreckenrakete mit rund 120 Kilometer Reichweite, die Mitte der neunziger Jahre aus Altersgründen ausgemustert werden muss. Es geht insgesamt um die Zusammensetzung der nuklearen Bewaffnung, die nach der Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten in Europa übrigbleibt. Nach übereinstimmender Meinung der Experten liegt das Schwergewicht heute zu sehr auf den Kurzstreckensystemen, d.h. den Artilleriegeschützen mit nuklearer Munition. Schon 1983 hatten sich die Verteidigungsminister der Allianz im kanadischen Montebello übereinstimmend für eine Umstrukturierung in Richtung auf geringere Zahlen und grössere Reichweite ausgesprochen. Mit einer Verlagerung auf weiterreichende Systeme bis unterhalb der 500-Kilometer-Grenze könnte die Gesamtzahl der Nuklearladungen reduziert und der Zwang, zwischen Einsatz und Verlust dieser Waffen bei einem feindlichen Vordringen wählen zu müssen - "use them or lose them" lautet die gängige Formel -, vermindert werden. Voraussetzung dazu sind jedoch rechtzeitige Entscheidungen im Bündnis. Der amerikanische Kongress will sicher sein, dass ein Ersatz für die Lance-Rakete, sei es eine Neukonstruktion des bisherigen Typs, sei es eine nukleare Version des bereits vorhandenen konventionellen Mehrfachraketenwerfers, auch in Europa stationiert werden kann, bevor er Gelder für Entwicklung oder gar Produktion freigibt.

Die deutschen Einwände gegen eine baldige Modernisierungsentscheidung sind nicht strategischer, sondern politischer Art. Nicht nur die oppositionelle SPD, sondern auch die Parteien der Bonner Regierungskoalition haben Mühe, sich dem Einfluss jener zu entziehen, die jede Modernisierung von Atomwaffen als eine Umgehung oder eine unerlaubte Kompensation für die Abschaffung der Mittelstreckenraketen ansehen. Die DDR-Führung mit Generalsekretär Honecker an der Spitze betreibt in dieser Hinsicht auf Bonn gezielt eine lebhafte Propaganda. Dabei sind die

Vertragstexte völlig eindeutig: sie betreffen nur landgestützte Mittelstreckenwaffen mit zwischen 500 und 5500 Kilometer Reichweite. Ebenso eindeutig ist aber auch, dass die Sowjetunion sich ebenfalls nur an das Abkommen hält und ausserhalb seines Geltungsbereichs weiter modernisiert. Dies wird jedoch in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik kaum zur Kenntnis genommen. Auf die Forderung Gorbatschews nach Abschaffung sämtlicher Nuklearwaffen in Europa wird vor allem mit Gefühlen, viel weniger mit kühler Ueberlegung reagiert.

Schlussfolgerungen

Auch bei militärischen Denkern, die sich der Einsicht in die Notwendigkeit nuklearer Abschreckung nicht verweigern, dringt immer wieder die Neigung durch, zur massiven Abschreckung zurückzukehren, in der Hoffnung, dass dann ein in Europa ausgelöster Konflikt allein zwischen den beiden Supermächten ausgefochten würde. Ein von Nuklearwaffen freies Europa könnte indessen, dies lässt sich mit Gewissheit sagen, nicht mehr auf die amerikanische Nukleargarantie zählen, und ohne in Europa stationierte Nuklearwaffen wäre auch ein weiteres Verbleiben der amerikanischen Truppen in Europa nicht mehr denkbar. Die vermeintliche Sicherheit vor dem atomaren Holocaust wäre mit dem Verzicht auf den amerikanischen Schutz zu bezahlen, denn man kann von den Vereinigten Staaten nicht erwarten, sich um eines Europas willen der Gefahr eines atomaren Gegenschlags auszusetzen, das für sich das atomare Risiko ausschlagen möchte.

Im amerikanischen Interesse ist vielmehr eine Verteilung der atomaren Risiken und eine abgestufte selektive Abschreckung die mit einem weiten Spektrum nuklearer Mittel und Träger operiert und die massive Vergeltung soweit als möglich in den Hintergrund zu schieben sucht. In einer Studie mit dem Titel "Discriminate Deterrence" haben die führenden amerikanischen Strategen, darunter auch Henry Kissinger, diesen Gedanken als Leitlinie für das kommende Jahrzehnt entwickelt. Sie sind denn auch prompt von deutscher Seite kritisiert worden, sie suchten Amerika auf

Kosten Europas aus der nuklearen Verantwortung zu lösen und den Alten Kontinent seinem Schicksal zu überlassen. Die Diskussion um dieses anfangs 1988 herausgekommene Papier erneuert nur das alte Dilemma: Die nukleare Drohung muss konkret genug sein, um ernstgenommen zu werden - sie darf aber auch nicht als eine automatische Abfolge von Eskalationsschritten aufgefasst werden und muss genügend Ungewissheit übriglassen, um dem Gegner ein Einlenken und Stillhalten zu ermöglichen. Im Grunde handelt es sich um etwas Aehnliches wie Flexible Response übertragen auf die nukleare Ebene.

Doch alle Theorien können keine Gewissheit darüber schaffen, wie ein ost-westlicher Konflikt mit oder ohne Einsatz von Atomwaffen in Wirklichkeit ablaufen würde. Was man sicher weiss, ist erstens, dass Atomwaffen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs existieren, zweitens, dass es in dieser Zeit zu keinem ost-westlichen Krieg gekommen ist und drittens, dass es in Gebieten, wo niemand mit atomarer Vergeltung drohen konnte, ungezählte blutige Konflikte im Laufe der letzten vierzig Jahre gegeben hat. Die drei Feststellungen miteinander zu verknüpfen, drängt sich auf, wenn auch niemand zwingend beweisen kann, dass die Punkte 2 und 3 kausal auf Punkt 1 zurückzuführen sind. Der Zusammenhang lässt sich aber für einen normalen Menschenverstand nicht ableugnen. Insofern als Europa unter der nuklearen Bedrohung bis heute überlebt hat, kann das Konzept der Extended Deterrence nicht ganz unwirksam gewesen sein.